

Bewertetes Leben

Dagmar Herzogs Adorno-Vorlesungen

Am Ende ihrer abschließenden Adorno-Vorlesung über „Eugenische Phantasmen: Behinderung, Macht, Moral“ am Freitagabend schien es, dass die New Yorker Historikerin Dagmar Herzog die Geschichte einer deutschen Zivilisierung berichten konnte, die mit rassehygienischen und eugenischen Konzepten Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts begonnen und die nun, etwa hundertzwanzig Jahre später, die „lang erkämpfte Menschwerdung“ von Menschen mit Einschränkungen erreicht hatte. Eine Menschwerdung, für die das Konzept der Inklusion, aber auch das ins Grundgesetz geschriebene Verbot, Menschen wegen ihrer Behinderung zu benachteiligen, und die UN-Behindertenrechtskonvention stehen.

Aber Dagmar Herzogs bewegte und gestenreiche Rede wurde von sorgsam ausgesuchten Bildern begleitet, die das Gesagte nicht nur illustrierten, sondern eine zusätzliche Dimension eröffneten. In den letzten Minuten zogen sie das ermutigende Ergebnis der Historikerin in Zweifel und zeigten eine für die Zukunft offene Situation – die allerdings auch jenseits des Terrains der Historikerin liegt. Die Bilder von kurzen Texten brachten die Empörung und Wut von Menschen mit Behinderungen anlässlich der Tötung von vier pflegebedürftigen Menschen in einer Potsdamer Wohn Einrichtung vor wenigen Wochen zum Ausdruck. Und sie unterstrichen, dass die Betroffenen diese vermutlich von einer Pflegehelferin begangene Tat als Ausdruck einer fortlebenden diskriminierenden Sicht auf Menschen mit Behinderungen verstehen: „Vier Menschen sind tot, der Ableismus lebt“, so war einer der gezeigten Texte überschrieben.

Es sind vor allem Menschen aus der deutschen Behindertenbewegung, die sich eingehend mit dieser Tat auseinandersetzen, die für sie auch heute nicht als Einzelfall erscheint, sondern zeige, dass sie noch immer nicht selbstverständlich als Teil der Gesellschaft angesehen und behandelt werden. Das führt zurück zum zweiten Abend, an dem Dagmar Herzog sich fragte: „Wie erkennt man ein Verbrechen?“ Jedenfalls reicht, das wurde deutlich, ein Blick ins Strafgesetzbuch nicht immer aus. Herzog zeichnete nach, wie schwer sich das Nachkriegsdeutschland tat, die im Nationalsozialismus massenhaft begangenen Verbrechen der Euthanasie und Zwangssterilisierung „im Namen des Volkes“ zu verurteilen und Entschädigungen zuzusprechen. Die Ausweichstrategien der Justiz waren vielfältig. Besonders bemerkenswert erscheint, dass sich Gerichte in einzelnen Verfahren auf die für die gesellschaftliche Etablierung des Euthanasiegedankens nach dem Ersten Weltkrieg zentrale Schrift des Psychiaters Alfred Hoche und des Rechtswissenschaftlers Karl Binding, „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“, beriefen, der Herzog ihre erste Vorlesung gewidmet hatte. Eine Hamburger Strafkammer resümierte gar, „dass die Vernichtung geistig völlig Toter und ‚leerer Menschenhüllen‘ nicht, absolut und a priori unmoralisch“ sei.

Dagmar Herzog bezeichnete die Umstände dieser Prozesse als „moralpolitisch desorientierende Atmosphäre“. Erst in den siebziger und achtziger Jahren, erläuterte sie, sei es allmählich gelungen, eine neue Sichtweise auf Behinderung zu entwickeln: Dazu bedurfte es der Aktivistinnen und Aktivistinnen der neuen „Krüppelbewegung“ und nichtbehinderter Verbündeter, die nun dafür stritten, „die Praxis in der gelebten Gegenwart der Behindertenhilfe neu zu gestalten“. Dazu gehörte auch, wie Herzog eingehend begründete, eine Neuorientierung der moralpolitischen Diskussion, um die bis dahin immer noch nicht aufgearbeiteten Morde und Zwangssterilisierungen einzuordnen. Dafür schuf die Veröffentlichung von „Euthanasie“ im NS-Staat“ von Ernst Klee die Voraussetzungen. Klee hatte nicht nur die Fakten der Vernichtung aufgearbeitet, sondern sich auch grundsätzlich mit der fatalen Position von Teilen der evangelischen Kirche in den zwanziger bis fünfziger Jahren auseinandergesetzt, die sich zwar im Namen des Christentums gegen die Tötungsforderungen von Binding und Hoche und später den Nationalsozialisten ausgesprochen hatten, die aber dafür der Politik der Zwangssterilisierung Bahn brachen und auch die Sichtweise bestätigten, Behinderte als Objekte des Ekels zu sehen.

Die Zerstörung dieses Konsenses war Voraussetzung dafür, dass der Deutsche Bundestag 2011 die Verbrechen an Menschen mit Behinderungen im Nationalsozialismus als Verbrechen anerkennen konnte, indem er nach jahrelangen Auseinandersetzungen, die Herzog nachzeichnete, beschloss, dass „die Erfassung, Verfolgung und Ermordung von Menschen mit Behinderung und psychisch Kranken“ ein Teil der nationalsozialistischen Rassenideologie war. OLIVER TOLMEIN

Diese Tragödie war zu groß

Heute erscheint Salman Rushdies neuer Essayband „Sprachen der Wahrheit“. Darin blickt der in New York lebende britische Schriftsteller auf die Welt in der Pandemie. Und in die Zukunft.

Sir Salman, Ihr 74. Geburtstag fiel kürzlich auf das erste Wochenende, an dem in New York die Corona-Beschränkungen aufgehoben wurden. Wie erleben Sie diese Tage?

Es ist etwas ganz Besonderes, mitzuerleben, wie die Stadt wieder zum Leben erwacht. Man hört die Leute überall sagen: „Wir sind zurück!“ Und so fühlt es sich an. Das ist insbesondere deshalb von großer Bedeutung, weil New York noch vor einem Jahr der schlimmste Ort Amerikas war, das Epizentrum der Pandemie. Jetzt handelt es sich um den sichersten Ort, und dieses Gefühl ist außerordentlich. Es ist momentan sehr schwer, einen Tisch in einem Restaurant zu bekommen.

Haben Sie schon einige jener „New-Age-Schmetterlinge“ gesehen, die Sie im letzten Essay Ihres neuen Buchs „Sprachen der Wahrheit“ vorhersagen? Also Menschen, die aus dem „Kokon des Lockdowns“ als „freundlichere, sanftere, weniger gierige, ökologisch klügere, weniger rassistische“ Wesen entschlüpfen sind?

Nein. Aber die Menschen scheinen glücklich, beinahe ungläubig glücklich darüber zu sein, dass wir es bis an diesen Punkt geschafft haben. Es gab natürlich noch ein anderes großes Ereignis, das auf meinen Geburtstag fiel: Juneteenth, der Gedenktag zur Erinnerung an das Ende der Sklaverei, den Präsident Biden nur ein paar Tage zuvor zum bundesweiten Feiertag erklärt hatte. Mein Geburtstag war in diesem Jahr also zum ersten Mal ein amerikanischer Nationalfeiertag.

In dem erwähnten Essay schreiben Sie auch über Ihre eigene Covid-Erkrankung im März 2020 und den Tod von Freunden. Hat sich für Sie das ohrenbetäubende „Tosen der wirklichen Welt“ inzwischen beruhigt?

Anfangs fand ich es für eine Weile schwierig, ernsthaft zu arbeiten. Die Tragödie war zu groß. Aber jetzt ist es mir gelungen, die Außengeräusche einzudämmen. Ich befinde mich in der Anfangsphase der Arbeit an einem neuen Roman.

Wie bemessen Sie den Schaden, den die Pandemie angerichtet hat?

Ich glaube, viele haben das Vertrauen in ihre politische Führung verloren. Unter der früheren Regierung war die Handhabung der Pandemie in den Vereinigten Staaten katastrophal. Jetzt haben wir eine effiziente Regierung, die sehr hart arbeitet, und die Leute reagieren gut darauf. Aber in einigen europäischen Ländern gibt es Führungskrisen. Natürlich in Großbritannien, aber auch Freunde aus Deutschland haben mich darauf hingewiesen, dass die Impfstoffknappheit ein schlechtes Licht auf die Regierung geworfen habe. Welche Langzeitschäden es geben wird, etwa für die Europäische Union, ist schwer vorherzusehen.

Wer bestimmt jetzt, da Trump das Virus nicht mehr „politisiert, verharmlost“, wie Sie in „Sprachen der Wahrheit“ schreiben, die Art und Weise, wie wir über Corona sprechen?

Wir haben inzwischen eine verantwortungsvolle amerikanische Regierung, die auf medizinische und wissenschaftliche Meinungen hört. Aber ein substanzreicher Teil der hiesigen Bevölkerung weigert sich, diese Informationen zur Kenntnis zu nehmen, und verliert sich noch immer in Verschwörungstheorien. Vielleicht ein Viertel der Bevölkerung weigert sich, den Impfstoff anzunehmen, und glaubt an verrückte Ideen wie die, dass Bill Gates einen Mikrochip ins Vakzin implantiert hat, der unsere Gedanken kontrollieren kann. Eine der schlimmsten Entwicklungen der letzten Jahre ist, dass Dinge, die man früher noch als verrückte Ideen abtat, inzwischen viel Zugkraft haben.

Weshalb schenken Menschen derartigen Geschichten Glauben oder geben sich apokalyptischen Verschwörungsmethoden wie denen von QAnon hin?

Die Antwort ist beinahe banal. Das Internet trägt daran eine gewisse Schuld, weil im riesigen Raum des World Wide Web extrem wertvolle Informationen und zu tiefst unwahre Informationen mit dem gleichen Grad an Autorität koexistieren. Für manche Menschen ist es schwer, zwischen Wahrheit und Lüge zu unterscheiden, weil beide auf dem Bildschirm des Computers genau gleich aussehen. Ich habe in diesem Zusammenhang viel über die Romane von Thomas Pynchon nachgedacht, in denen sich alles um Paranoia dreht. Paranoia als soziale und intellektu-



Geht die Pandemie zurück, schreitet der neue Roman voran: Salman Rushdie.

Foto EPA

elle Struktur. Im Zentrum der Paranoia steht die Vorstellung, dass die Welt einen Sinn hätte, der jedoch von mächtigen Instanzen geheimgehalten würde. In gewisser Weise ist das eine optimistische Theorie, weil sie voraussetzt, dass die Welt einen Sinn hat. Dass sie nicht absurd, chaotisch und sinnlos ist.

Die Anhänger solcher Verschwörungsmethoden lesen Thomas Pynchon?

Auch ohne Pynchon zu lesen, haben sie seine Vorstellung verinnerlicht. Wir leben in einer Zeit zügelloser Paranoia. Zum Teil hat das mit dem Misstrauen gegenüber den Institutionen zu tun, von denen wir normalerweise unser Wissen beziehen: gegenüber Politikern, den etablierten Medien. Sobald Menschen glauben, dass die, die eigentlich die Wahrheit sagen sollten, nicht die Wahrheit sagen, werden sie anfällig für alternative Wahrheiten, die behaupten, die Wahrheit hinter der Wahrheit zu sein.

Allerdings schreiben Sie in „Sprachen der Wahrheit“, dass auch das Reale nur eine „Vorstellung von der Welt“ sei, eine Beschreibung oder ein Bild von ihr. Ist Demokratie real?

Ja, wenn wir an sie glauben. Mit der Demokratie verhält es sich wie mit Geld oder mit Gott. Geld hat keinen Wert, solange wir uns nicht darüber einig sind, dass es Wert besitzt. Gott existiert nicht, solange wir nicht vereinbaren, dass er existiert. Dinge haben einen Wert, wenn wir an sie glauben.

Immerhin war der Glaube an die amerikanische Demokratie stark genug, um der „Verschwörung gegen Amerika“ standzuhalten, wie Sie Trumps Politik in Ihrer 2018 gehaltenen Philip-Roth-Vorlesung genannt haben.

Die amerikanische Demokratie hat diesen Anschlag überlebt. Aber nur so gerade eben. Der Sturm aufs Kapitol im Januar war etwas, von dem ich nie geglaubt hätte, es erleben zu müssen. Ein rechtsradikaler Angriff auf die Demokratie in den Vereinigten Staaten! Die Führungsriege des Staates ist dem Pöbel, der sie lynchen wollte, nur um Haaresbreite entkommen. Und wenn es nicht einzelne Republikaner gegeben hätte, die den Ausgang der Wahl verteidigten, wäre es Trump und seinen Leuten gelungen, die Wahl zu stehlen. Es

war ein äußerst knappes Ergebnis, das nicht die Stärke der amerikanischen Demokratie zu beweisen schien, sondern ihre Fragilität. Ich glaube nicht an eine künftige zweite Amtszeit von Trump, aber was mir Angst macht, ist, dass es in der Republikanischen Partei andere populistische Demagogen gibt, die intelligent sind als er und daher mehr gefürchtet werden müssen. Niemand kann wissen, ob es sich bei dem zivilisierten Zwischenstadium, das wir gegenwärtig erleben, lediglich um das Intermezzo zwischen zwei Katastrophen handelt. Die Gefahr liegt darin, dass es in den Vereinigten Staaten nur noch eine politische Partei gibt, die an die Demokratie glaubt. Die andere glaubt nur an Macht – durch Wählerbeeinflussung, Lüge, Schamlosigkeit. Denken wir einmal hundert Jahre zurück. Damals lagen der Erste Weltkrieg und die Spanische Grippe hinter den Menschen. Darauf folgten die Goldenen Zwanziger, ein Jahrzehnt der Party. Manches scheint darauf hinzudeuten, dass wir jetzt mit einer ähnlichen Explosion positiver Gefühle aus der Pandemie herausträten.

Auf diese Party würde ich gern verzichten, wie sich damit die Explosionen der dreißiger Jahre vermeiden ließen.

Das Gute ist, dass sich die Geschichte nie genau wiederholt. Sie wiederholt sich immer zweimal: „das erste Mal als Tragödie, das zweite Mal als Farce“ – ein Marx-Satz, den ich immer mochte. Wenn es Biden gelingen sollte, der Rückkehr des sozialen Optimismus vorzustehen, könnte er durchaus wiedergewählt werden. Zudem ist die Generation, die derzeit in Amerika heranwächst, sehr progressiv und aktivistisch eingestellt. Insbesondere alles, was sich nach dem Mord an George Floyd ereignet hat, zeigt, dass es eine echte dynamische Entschlossenheit gibt, über die Rassenfrage zu sprechen, und zwar nicht nur unter Schwarzen. Bestimmte Teile dieser Generation betreiben jedoch eine Begriffskritik, die mir Sorgen macht. Es gibt die Bereitschaft, bestimmte Sprechweisen zu unterdrücken.

Neue Grenzen, die im Kampf um Freiheiten gezogen werden?

Die Fragen der Genderpolitik sind vermintes Gebiet, sowohl in sozialer als auch in politischer Hinsicht. Ich bin zu alt, um mich davon beunruhigen zu lassen, ich bin an einem Punkt, wo ich sage, was ich

denke. Aber ich mache mir Sorgen um junge Leute, die das Gefühl haben, dass ihnen das, was sie sagen können, von sozialen Konventionen vorgeschrieben wird. Um die Geschichte einer Gesellschaft erzählen zu können, müssen wir viele unterschiedliche Sprachen verwenden.

Auch der Titel Ihres Essaybands spricht ja im Plural von den „Sprachen der Wahrheit“.

Ja, es gibt nicht eine einzige Sprache der Wahrheit. Es braucht eine Vielzahl von Sprachen.

Im zentralen Essay des Buchs, von dem sich auch dessen Titel ableitet, appellieren Sie an Schriftsteller, Journalisten und Intellektuelle, „den Glauben unserer Leser an die Wirklichkeit, an die Wahrheit wieder aufzubauen“ und die Sprache auf ähnliche Weise zu erneuern, wie es in Deutschland „die Autoren der sogenannten Trümmerliteratur“ taten. Wo stehen Sie selbst in diesem Augenblick der Geschichte?

Die meisten der Gedanken, die dieses Buch enthält, haben mich mein ganzes Leben als Schriftsteller begleitet. In gewisser Hinsicht passen sie besser in die heutige Zeit als in die vor fünfzig Jahren, als ich anfang, über diese Fragen nachzudenken. Wenn man als Schriftsteller Glück hat, reitet man auf der Welle eines Augenblicks und bringt einige Vorstellungen zum Ausdruck, die das Herz unserer Denkens- und Lebensart ausmachen. Literatur kann allenfalls das Gespräch prägen. Oder neu gestalten. Sie kann sagen: „Statt so zu denken, denke darüber doch einmal dies.“ Oder: „Stell dir vor, wir sagten nicht dies, sondern das. Was hieltest du davon?“ Es gibt nur sehr wenige Bücher, die mehr leisten. Das Buch, das mir immer zuerst einfällt, ist Harriet Beecher Stowes „Onkel Toms Hütte“, das einen immensen Einfluss darauf hatte, wie man in Amerika über die Rassenfrage dachte. Als die Autorin Abraham Lincoln vorgestellt wurde, hat er gesagt: „Sie sind also die kleine Frau, deren Buch diesen großen Krieg ausgelöst hat.“

Das Gespräch führte Thomas David.

Salman Rushdies „Sprachen der Wahrheit – Texte 2003–2020“, übersetzt von Sabine Herting und Bernhard Robben, erscheint beim Rowohlt Verlag.



Papiers Druck

Von Patrick Bahners

Bund, Länder und Gemeinden haben 2003 die Beratende Kommission im Zusammenhang mit der Rückgabe NS-verfolgungsbedingt entzogenen Kulturguts, insbesondere aus jüdischem Besitz, eingerichtet. Sie hat sich eine Verfahrensordnung gegeben, die in Paragraf 3 Absatz 1 bestimmt: „Voraussetzung für das Tätigwerden der Kommission ist das Einverständnis beider Seiten, eine Mediation durch die Kommission und ggf. eine Empfehlung der Kommission herbeiführen und diese befolgen zu wollen.“ Bayern ist nicht einverstanden damit, dass die Kommission mit Picassos Gemälde „Madame Soler“ befasst wird, das der Freistaat 1964 von dem nach New York emigrierten Kunsthändler Justin Thannhauser gekauft hatte. Seit 2009 verlangen die Erben des Bankiers Paul von Mendelssohn-Bartholdy, von dem Thannhauser das Porträt aus der „Blauen Periode“ 1935 übernommen hatte, die Herausgabe des Bildes. Hans-Jürgen Papier, seit 2017 Vorsitzender der Beratenden Kommission, missbilligt die bayerische Haltung. Gegenüber der New York Times nannte er es unerklärlich, dass der Staat sich weigere, einen von ihm selbst geschaffenen Mediationsmechanismus zu benutzen. Aber dies ist in den Spielregeln der Kommission so vorgesehen: Sie muss untätig bleiben, wenn nicht beide Parteien der Mediation zustimmen. Wenn Papier diese Vorschrift für unzumutbar hält, muss er auf eine Änderung der Verfahrensordnung hinwirken. Bei deren Überarbeitung 2016 blieb das Erfordernis des Einverständnisses beider Seiten erhalten. Es ergibt sich aus der Natur des Verfahrens: Mediation hat hier freiwillige Unterwerfung zur Voraussetzung, weil die Empfehlungen gerechte Lösungen für Einzelfälle vorschlagen sollen, in denen mit Gerichtsurteilen nichts zu erreichen ist. Die Selbstverpflichtung ersetzt den kraftlos gewordenen Rechtszwang. Nun mag man das Bayerische Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst fragen, warum es den Picasso-Fall der Kommission nicht vorlegen will, wenn es seiner Sache so sicher ist. Jedermann darf diese Frage stellen – nur der Vorsitzende der Kommission nicht. Denn diese fungiert als Schiedsgericht und kann sich ihre Fälle nicht aussuchen. Die Missachtung der Freiwilligkeit erzeugt den Anschein der Befangenheit. Den auf Provenienzforschung gestützten Bescheid Bayerns, dass kein verfolgungsbedingter Entzug vorliege, bewertet Papier als irrelevant; nur seine Kommission könne darüber entscheiden. Doch diese ist kein ordentliches Gericht, dem der Gesetzgeber eine umfassende Zuständigkeit in Restitutionsangelegenheiten übertragen hätte. Sie wird nicht von Amts wegen tätig, sondern aufgrund des übereinstimmenden Willens der Parteien. Eine Schiedsinstanz muss ihre Spruchpraxis so gestalten, dass ihr die Herbeiführung einer gütlichen Einigung zugetraut wird. Anfang des Jahres rügte Papier eine Stiftung, die eine Empfehlung nicht umsetzen wollte. Damals ging es um ein abgeschlossenes Verfahren. Jetzt geht der Vorsitzende einen Schritt weiter und will mit dem Druck öffentlicher Erklärungen die Eröffnung eines Verfahrens erzwingen. Das bayerische Vorgehen müsse den Eindruck hinterlassen, dass es in Deutschland am Willen oder an den Mitteln fehle, historische Ungerechtigkeiten wiedergutzumachen. In Wahrheit erweckt Papier den Eindruck, dass ihm an Fairness nicht mehr gelegen ist.

Europa ehrt Pierre Monnet

Er war eine Ausnahmefigur in krisenreicher Zeit: Karl IV. und seine Zeitgenossen waren mit Pest, Krieg und Kirchenspaltung konfrontiert und begegneten den Wirren ihres Zeitalters, indem sie mit der „Goldenen Bulle“ der Wahl des Kaisers erstmals eine Rechtsgrundlage gaben. Der in Frankfurt lehrende Mediävist Pierre Monnet hat mit „Karl IV. Der europäische Kaiser“ die erste Biographie dieses Herrschers geschrieben, die Karl und seine Zeit aus europäischer Perspektive ins Auge fasst. Dafür spendet Europa Anerkennung: Nach dem Prix Gobert der Académie Française für das beste geschichtswissenschaftliche Buch des Jahres erhält Monnet nun auch den „Prix du livre d'histoire de l'Europe 2021“. Der Jury gehörten Historiker aus mehr als zehn europäischen Ländern an. F.A.Z.